

### Verbandsbeschwerderecht: Abstimmung vom 30. November 2008

Das Verbandsbeschwerderecht (VBR) gewährleistet die Durchsetzung des Natur- und Heimatschutzes, also die korrekte Anwendung der Gesetze im Bereich des Natur- und Heimatschutzes. Dass das VBR in unserem Rechtsstaat notwendig ist, zeigt die hohe Erfolgsquote der Beschwerden der Umweltverbände: Nach Angaben von Pro Natura<sup>1</sup> beträgt die Erfolgsquote seit es das Verbandsbeschwerderecht gibt (1964) gesamtschweizerisch 76%. Bezogen auf die Kantone St. Gallen und Appenzell beträgt die Erfolgsquote seit dem Jahr 2000 gar 90%. Dies zeigt deutlich, dass für die Durchsetzung der bestehenden Regelungen des Naturschutzes und der Umweltgesetzgebung das Instrument des Verbandsbeschwerderechts notwendig ist.

Für den Kanton St. Gallen wäre die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts auf Bundesebene besonders dramatisch, weil mit der Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 das kantonale Verbandsbeschwerderecht abgeschafft wurde. Die St. Galler FDP hat letztes Jahr unter anderem mit dem Argument für die Abschaffung des kantonalen VBR geworben, dass es das kantonale VBR nicht brauche, weil mit dem VBR auf Bundesebene die Rechte der Natur genügend geschützt seien. Die ULB will daher erreichen, dass sich die FDP des Kantons St. Gallen erstens im Abstimmungskampf zurückhält und zweitens wenn möglich eine Ablehnung der Abschaffungsinitiative des Zürcher Freisinns empfiehlt, mindestens aber als Parole "Stimmfreigabe" beschliesst. Dazu sind wir - und die Natur - auf Ihre Unterstützung angewiesen.

#### Der Vorstand der ULB ersucht die Mitglieder daher dringend:

1. am 30. November 2008 ein **NEIN** zur Initiative des Zürcher Freisinns zur Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts in die Urne zu legen;
2. alle Mitglieder, die zugleich Mitglied der FDP des Kantons St.Gallen sind, an der **Delegiertenversammlung vom 23. Oktober 2008 in Wil** teilzunehmen, dort wenn möglich gegen die Abschaffung ein Votum einzulegen und bei der Parolenfassung gegen die Initiative zu stimmen. Um die Voten zu koordinieren (und allenfalls auch Fahrgemeinschaften zu organisieren), melden Sie sich bitte bei Andrea Klinger (stklinger@paus.ch), falls Sie an der Delegiertenversammlung teilnehmen können;
3. die Aktivitäten der ULB im **Abstimmungskampf** durch **aktive Mitarbeit und/oder finanzielle Mittel** zu unterstützen. Die Koordination übernimmt Andrea Klinger (stklinger@paus.ch).

Herzlichen Dank!

Nicole Zürcher Fausch

### Editorial

Zeit zum Nachdenken - Zeit zur Neuorientierung hat sich die ulb bis im Herbst gegeben. Die Ziele stehen dabei nicht zur Diskussion – es geht um den Weg zum Ziel, und echt demokratische Entscheide brauchen Zeit.

In der Politik steht die Zeit nie still. Das zeigen uns Vorlagen, die in nächster Zeit zur Beurteilung vorliegen, z.B. die Initiative zur Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts. Von Seiten der ulb stellt sich wohl kaum jemand gegen ein klares Nein.

Unangenehm für viele ulb-Stimmbürger ist die Tatsache, dass die Zürcher FDP diese Initiative lanciert hat. Bleiben die Zürcher damit allein, siegt also der liberale Geist in der FDP? Diese Frage wird manche ulb-Mitglieder auch in ihrem Nachdenken über die Neuorientierung der ulb beeinflussen.

Diese Ausgabe des „ulb konzentriert“ zeigt unsere Stärke in der Stadt St.Gallen, im Stadtparlament, die auch in die Stadtregierung und die Kantonsregierung ausstrahlt.

Diese Stärke auszuweiten auf den Kanton, in die Gemeinden wird das Ziel der ulb-Neuorientierung sein. Helfen Sie uns dabei, intern bei unseren Entscheiden, extern an der Urne.

Richard Höber



Gallusplatz St.Gallen

<sup>1</sup> Pro Natura Sektion St. Gallen-Appenzell, Mitgliederzeitschrift "lokal" Ausgabe 3/08, S. 1 f.



## Wasser-Kleinkraftwerk Soor in Bütschwil

*Eine eindruckliche Besichtigung anlässlich der letzten HV der ulb Untertoggenburg Fürstenland im August 2008.*

Im Jahre 1860 erteilte der Regierungsrat des Kantons St. Gallen den Gebrüdern Mettler eine Konzession für die Erstellung eines Schwellwuhres zur Gewinnung der Wasserkraft. 1917/1927 wurde die Turbinenanlage eingebaut und war bis ins Jahr 2001 in Betrieb. 1980 bewilligte das Baudepartement die Automatisierung der Anlage. Hydroelectra AG erwarb dieses Kraftwerk 1997.

## Umweltfreundliche Stromproduktion aus dem Toggenburg

Beim Umbau der beiden Anlagen Soor und Dietfurt wurde grösster Wert auf die Umweltverträglichkeit gelegt. So wurde in beiden Anlagen eine Fischtreppe eingebaut, die es Fischen und sonstigen Kleinlebewesen in der Thur ermöglicht, ihren Lebensraum zu vergrössern. Turbine und Generator wurden ersetzt und so der Gesamtwirkungsgrad erhöht. Ausserdem sind die Turbinen mit wassergeschmierten Lagern ausgestattet, welche wartungsfrei und umweltfreundlich betrieben werden können.

Beide Anlagen produzieren zusammen jährlich ca. 9.6 Mio. kWh erneuerbare Energie, welche direkt ins Netz der SAK/AXPO eingespiessen wird. Damit werden ca. 3 000 Haushalte im Toggenburg mit einheimischer Energie versorgt. Der "Erntefaktor" einer Kleinwasserkraftanlage mit einer 80-jährigen Nutzungszeit kann zwischen 40 und 80 betragen. Das heisst, dass 40 bis 80-mal so viel Energie erzeugt wird, wie für Herstellung, Nutzung, Stromerzeugung und Abbau der Wasserkraftanlage aufgewendet wurde. (ak)

s.a. [www.hydroelectra.ch](http://www.hydroelectra.ch)

## Gedanken zur städtebaulichen Entwicklung der Stadt St. Gallen aus umweltliberaler Sicht

Nach den Kommunalwahlen im Herbst wird wieder vermehrt die Sachpolitik in den Vordergrund treten. Städtebauliche Probleme sind neben gestalterischen, technischen und nutzungsbedingten Fragestellungen auch immer der politischen Diskussion unterworfen. Städtebau und Architektur werden auf dem Weg vom Gedanken zum Gegenstand immer wieder durch die Politik beurteilt, wobei jede Bürgerin und jeder Bürger entsprechend seinem eigenen Wissensstand und seinen persönlichen Wertvorstellungen entscheidet.

Die städtebauliche Intervention wird deshalb durch ein gewisses Mass an Pragmatismus bestimmt und nur in den seltensten Fällen durch das städtebaulich oder gestalterisch Richtige. Städtebau braucht Mehrheiten und ein Bekenntnis, einen Willen zur Weiterentwicklung der Stadt.

Aus umweltliberaler Sicht sollte die Nachhaltigkeit die Maxime sein, die bestimmt, wie sich die Stadt weiterentwickeln soll. Nicht Partikularinteressen sondern das Wohl der gesamten Agglomeration führen zu nachhaltigen Entscheiden. Sicher ist es nicht einfach die ökologische, soziale und wirtschaftliche Dimension unter einen Hut zu bringen. Doch ist Stadt nicht nur die kostengünstige, technisch machbare Verknüpfung von Punkt A und B. Stadt ist primär vielschichtiger Lebens- und Kulturraum von vielen unterschiedlichen Menschen. Ein Lebensraum der in Zukunft durch die Klima-, Mobilitäts- und Altersdebatte endlich wieder an Aktualität und Attraktivität gewinnt. Eine nachhaltige und somit umweltliberale Stadtentwicklung setzt meiner Meinung nach ihr Schwergewicht auf folgende Punkte. Die Stadt St. Gallen besteht nicht nur aus dem Zentrum sondern auch aus den anderen Stadtteilen West und Ost. Auch dort, oder gerade dort soll nachhaltige Stadtentwicklung stattfinden. In ihrem Stadtkörper bestehen Brachen, die es zu nutzen gilt. St. Gallen sollte sich auch von innen heraus erneuern und verdichten und nicht nur unkontrolliert an ihren Rändern wachsen. Die unterschiedlichen Charaktere der Quartiere sollen erhalten bleiben, denn sie schaffen Identifikation. Ein Ausgleich der Disparitäten unter den Quartieren soll stattfinden. Nicht das Gleichmachen ist gemeint, sondern für alle die Voraussetzungen zu schaffen hier selbstbestimmt zu leben. Zu einem selbstbestimmten Leben gehört sicher die Teilnahme am Geschehen. Partizipation schafft Identität und Zuhause. Die Möglichkeit der Partizipation sollte wenn immer möglich hergestellt werden. Das Gleiche gilt für die Aufenthaltsqualität im sozialen Nahraum und im öffentlichen Raum der verschiedenen Quartiere. Zum Ziel einer umweltliberalen Stadtentwicklung gehören sicher auch das Fördern einer fuss- oder fahrradgängigen Stadt und die Erreichbarkeit aller Quartiere und wichtigen Orte und Institutionen mit dem öffentlichen Verkehr. Unsere Gesellschaft muss Möglichkeiten finden, die Probleme ihrer Mobilität auf eine umweltverträgliche aber finanzierbare Weise zu lösen.

Was das für die einzelnen Stadtentwicklungsprojekte in St. Gallen heisst, muss wohl jeder für sich selbst beantworten. Ich als Umweltliberaler möchte Sie einfach daran erinnern, dass Stadt auch immer Umwelt, Lebens- und Kulturraum ist und nicht nur Ökonomie.



Projekt Fachhochschulzentrum Bahnhof Nord St.Gallen

Ronnie Ambauen dipl. Architekt FH  
cand. MAS Gemeinde-, Stadt- und Regionalentwicklung

# St. Gallen

## - Wahlen Parlament und Stadtrat - 28. September 2008 -



Die ulb empfiehlt ihre kandidierenden Mitglieder als liberal und nachhaltig denkende und agierende Persönlichkeiten zur Wahl ins Parlament:

**Stephan Braun – Jennifer Deuel – Barbara Frei – Heidi Gerster  
Barbara Signer – Nicole Zürcher Fausch – Elisabeth Zwicky Mosimann**

und wieder in die Regierung der Stadt St. Gallen



### **Stadtrat Fredy Brunner**

geb. 28. März 1948 in  
St.Gallen  
dipl.Arch.ETH-Z  
Unternehmer

Stadtrat Stadt St.Gallen seit 2005, Direktion technische Betriebe mit den Dienststellen:

- St.Galler Stadtwerke sgs (Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser)
- Entsorgungsamt ESA (Abwasser, Abfall, Deponie)
- Verkehrsbetriebe der Stadt St.Gallen VBSG
- Fachstelle für Umwelt und Energie FSUE

[www.fredybrunner.ch](http://www.fredybrunner.ch)

[www.stadt.sg.ch](http://www.stadt.sg.ch)

Wir wählen **Fredy Brunner**, weil er

- intelligente Energiepolitik betreibt: Energiekonzept 2050 - Energieförderprogramm - Kehrlichtheizkraftwerk - Geothermie
- den öffentlichen Verkehr attraktiver macht: neue Busse - Clevermobil - Busleitsysteme
- die Versorgung modernisiert - Glasfasernetz - Stromkennzeichnung - Strommix - Angebot an Alternativenergie
- die Umweltanliegen ernst nimmt
- seine Wahlversprechen einhält
- seine Projekte weiterführen soll

### **Stadtpräsident Thomas Scheitlin**

geb. 20. Juni 1953  
lic.oec.HSG



Stadtpräsident Stadt St.Gallen seit 2007, Direktion Inneres und Finanzen mit den Dienststellen:

- Einwohneramt, Zivilstandsamt
- Steueramt, Finanzamt, Betriebsamt
- Personalamt
- Organisations- und Informatikamt
- Fachstelle Kultur, Wirtschaftsförderung

[www.thomas-scheitlin.ch](http://www.thomas-scheitlin.ch)

[www.stadt.sg.ch](http://www.stadt.sg.ch)

Wir wählen **Thomas Scheitlin**, weil er

- eine ausgeglichene Finanzpolitik betreibt
- die Kultur der Stadt aktiv fördert
- die Bedürfnisse der Menschen spürt
- unterschiedliche Interessen ausgleicht
- unsere Stadt in der Region, im Kanton und in der Schweiz optimal vermarktet
- Steuersenkungen ermöglicht
- Bedeutung und Attraktivität der Stadt steigert
- ein stabiles Beziehungsgeflecht von Wohnen, Arbeiten, Bildung, Freizeit, Kultur und Wirtschaft knüpft

---

## Vorwärts in die Zukunft: Was braucht die Stadt St. Gallen?

- Neue **Energien**, um den CO2-Ausstoss zu senken und die Abhängigkeit von fossilen Energien zu mindern: Die Förderung von erneuerbaren Energien und die Umsetzung des Energiekonzepts 2050 sind mir wichtig.
- Sicherem, flüssigen und umweltschonenden **Verkehr**: Die Förderung des öffentlichen Verkehrs in der Stadt und der Ausbau des Velonetzes sichern die Mobilität in der Stadt.
- Florierendes **Gewerbe**: Ein breites Angebot und Arbeitsplätze machen unsere Stadt attraktiv.
- Bessere **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**: Für eine Gesellschaft, in der der Einzelne sein Leben gestalten kann, Kinder und Beruf nicht gegeneinander abgewogen werden müssen, und die Wirtschaft die nötigen personellen Ressourcen erhält, sind genügend und finanzierbare Hortplätze und Schulhausangebote wie Mittagstische und Aufgabenhilfe erforderlich.
- Nachhaltiger Umgang mit natürlichen **Ressourcen und Erholungsgebieten**: Schutz der natürlichen Vielfalt, Sicherheit und Sauberkeit müssen gewährleistet werden, damit Mensch und Tier langfristig Raum und Erholung finden und die Stadt lebenswert bleibt.
- **Kunst und Kultur**: Theater, Musik, Museen und Veranstaltungen zeichnen unsere Stadt aus und machen sie lebendig.
- Eine **liberale Politik**, die Anreize für nachhaltiges Verhalten setzt. Leistung und Selbstverantwortung müssen sich lohnen.

.....Dafür setze ich mich ein. Über Ihre Unterstützung freue ich mich!



### Nicole Zürcher Fausch

Jahrgang 1974

Dr. iur., Rechtsanwältin  
ulb und FDP

Vizepräsidentin ulb Kanton St.Gallen

Präsidentin Zonta Club Ostschweiz

Mitglied Zonta Area 04/28 Board

Mitglied Juristische Kommission  
Business & Professional Women (BPW)

**Liste 01.18**



### Barbara Signer

Jahrgang 1963

Dr.phil., cand.theol., Ausbilderin FA am  
Zentrum für berufliche Weiterbildung (SG)  
und dem Berufsbildungszentrum Herisau  
Vorstandsmitglied ulb St.Gallen  
Hauptmann, Armeseelsorgedienst

**Liste 01.17**

Zu meinen politischen Kernanliegen gehört die ökologische Steuerreform. Mit dieser Massnahme schaffen wir starke wirtschaftliche Anreize für das Energiesparen und die Steigerung der Energie-Effizienz und sorgen dafür, dass die Umstellung auf erneuerbare Energieträger attraktiv wird. Dieses Vorgehen drängt sich nicht nur aus umweltpolitischer Sicht auf, sondern nützt auch unserer Wirtschaft, da die Abhängigkeit vom Ausland bezüglich Energieträger auf diese Weise reduziert wird und einheimische Arbeitsplätze von dieser Entwicklung profitieren. Deshalb werde ich mich auch dafür einsetzen, dass die Ziele des Energiekonzepts 2050 in den nächsten Jahren umgesetzt werden, damit wir für die Stadt St. Gallen die 2000W-Gesellschaft verwirklichen können.

In der Bildungspolitik ist mir wichtig, dass wir ein qualitativ gutes Bildungssystem mit solider Grundausbildung bereitstellen, so dass sich die Bevölkerung ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten gemäss ein Leben lang weiterbilden und so ihre Chancen auf ein gutes Leben erhalten und verbessern kann. Darüber hinaus ist es mir ein besonderes Anliegen, dass die berufliche Weiterbildung gleichberechtigt behandelt, gefördert und professionalisiert wird.

Die Herausforderungen sind enorm: Wirtschaftswachstum mit sicheren Arbeitsplätzen zum Wohlstand aller, Sicherung der Vorsorgewerke, Schonung und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen, Sicherheit der Bürger und Integration der Jugendlichen. In der Stadt St. Gallen sind nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Standortattraktivität, Schulen, Kultur, Sicherheit sowie privater und attraktiver öffentlicher Verkehr zentrale Themen, für die ich mich einsetzen werde.

Dabei stehen für mich bessere Bahnverbindungen auf den Hauptlinien Richtung Zürich und ins Rheintal zusammen mit einem dichten, auf den Bahnverkehr abgestimmten Busnetz im Vordergrund. Ich werde mich auch für das Energiekonzept 2050 mit Förderung erneuerbarer Energien und Erhöhung der Energieeffizienz einsetzen, denn eine langfristige, nachhaltige Energieversorgung liegt mir ebenso am Herzen wie eine intakte, natürliche Landschaft. Ich widersetze mich aber unrealistischen Scheinlösungen, die unsere Versorgungssicherheit und den Klimaschutz in Frage stellen oder zu Lasten anderer Regionen vorgeschlagen werden. Moratorien und Maximalforderungen lehne ich ab, weil sie Konfrontation und letztlich Stagnation bedeuten.

[www.elisabethzwicky.ch](http://www.elisabethzwicky.ch)



**Elisabeth Zwicky Mosimann**

geb. 27. November 1953  
lic.iur., Rechtsanwältin, LL.M., MBA  
Mitglied FDP und ulb St. Gallen  
Mitglied Pro Natura und WWF

**Liste 01.13**



**Stephan Braun**

geb. 29. Dezember 1954  
lic.oec.HSG, eidg.dipl.Wirtschaftsprüfer & Steuerexperte  
selbständiger Treuhänder und Unternehmensberater  
Mitglied des Stadtparlaments  
Präsident ulb Region St.Gallen, Vorstand ulb Kanton SG  
Vorstandsmitglied des Rosenberg Quartiervereins

**Liste 01.05**

Ich stehe ein für ein attraktives, in jeder Beziehung gesundes St. Gallen, für eine Stadt, in der die Bewohnerinnen und Bewohner sich wohl und sicher fühlen, für eine Stadt, die Lebensqualität bietet.

Meine Schwerpunkte liegen im Bereich Bildung und Kultur. Dafür engagiere ich mich, dafür will ich mich auch weiterhin einsetzen:

- für ein breites Bildungsangebot, das allen eine Chance gibt
- für Schulen, die Leistungen fördern, aber auch Leistungen fordern
- für die Forderung und Förderung guter Deutschkenntnisse, weil diese Voraussetzungen für die Integration bilden
- für ein breites Kulturangebot, das möglichst viele anspricht
- für ein St. Gallen, das als Bildungs- und Kulturzentrum weit über die Stadtgrenze hinaus strahlt.

### Meine politische Motivation

In unserer Stadt müssen die heutigen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme so gelöst werden, dass auch die künftigen Generationen in einer lebenswerten Stadt wohnen und arbeiten können. Für eine solche zukunftsgerichtete Stadtentwicklung möchte ich mich weiter einsetzen!

Konkrete Anliegen:

- Förderung des öffentlichen Verkehrs, aber gegen die Verdrängung der Taxistände vom Bahnhofplatz
- Konsequenter Verfolgung und Ahndung der illegalen Abfallentsorgung (Littering),
- gegen die Verwahrlosung des öffentlichen Raumes, insbesondere im Umfeld des Bahnhofs
- Massnahmen gegen das Aufkommen des kollektiven Alkoholismus im öffentlichen Raum (Jugendliche und Erwachsene)



**Heidi Gerster Wolf**

geb. 30.12.1950  
Leiterin Bereich Musik & Kultur der Klubschule Migros  
Mitglied des Stadtparlaments / Bildungskommission  
Präsidentin der Ortsgemeinde St. Gallen-Tablat  
Co-Präsidentin der Musikakademie St.Gallen  
Vize-Präsidentin des Quartiervereins Rosenberg  
Vorstandsmitglied des Vereins Gambrinus Jazz Plus  
Mitglied ulb Kanton St. Gallen

**Liste 01.03**

Soll St. Gallen ein attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort bleiben, muss die Stadt sich weiter entwickeln. Wir brauchen ein leistungsfähiges Verkehrsnetz mit guter Erreichbarkeit sowohl mit öffentlichen als auch mit privaten Verkehrsmitteln. Firmen bedürfen guter Rahmenbedingungen. Die gesunde Finanzlage der Stadt soll erhalten bleiben, auch als Voraussetzung für ein konkurrenzfähiges Steuerklima. Die Innenstadt soll durch die Neugestaltung von Bahnhof und Marktplatz sowie der südlichen Altstadt an Ausstrahlung für Bewohner und Besucher gewinnen. Das breite Bildungsangebot, mit qualitativ hochstehenden öffentlichen Schulen und guten freiwilligen Betreuungsangeboten, mit den Fachhochschulen und der Universität, machen St. Gallen zum Bildungszentrum der Ostschweiz und somit als Lebensraum für Familien besonders attraktiv. Das kulturelle Angebot ist breit gefächert und strahlt weit über die Region aus, soll aber mit dem Zusammenführen der Bibliotheken und dem neuen Museumskonzept ein noch breiteres Publikum ansprechen. Als moderne Stadt, die auch der Ökologie Beachtung schenkt, verfolgen wir mit dem Energiekonzept 2050 eine Energiepolitik, die sinnvolle Anreize schafft, auf Effizienz baut und zukunftssträchtige Technologien fördert.

Dies sind einige aktuelle Überlegungen, an denen wir alle mit Engagement teilnehmen sollten und für die ich mich besonders einsetzen will!

[www.barbarafrei.ch](http://www.barbarafrei.ch)



### Barbara Frei-Grimm

geboren 1958  
verheiratet, 2 Söhne (16 / 18)  
Fachärztin für Allgemeine Medizin FMH  
Leiterin des Schularztdienstes der Kantonsschulen der Stadt St.Gallen  
Stadtparlamentarierin FDP, Mitglied der  
GPK der Stadt St.Gallen  
Mitglied ulb Kanton St.Gallen

**Liste 01.07**



### Jennifer Deuel-Zumstein

geb. 1956, verheiratet, Mutter von 4 Söhnen  
Lehrerin, heute Familienfrau, Mitarbeit  
in der Arztpraxis meines Mannes  
seit 2005 im Stadtparlament,  
Präsidentin FDP Stadt St.Gallen seit 2006  
Mitglied ulb Kanton St.Gallen  
Mitglied Regionale Schulaufsicht RSA  
Kirchenvorstanderschaft St.Gallen C, Synodale

**Liste 01.09**

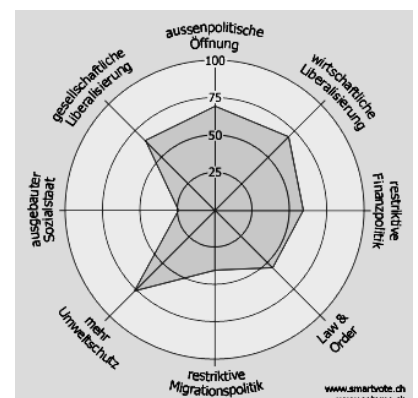
Seit 2005 politisiere ich im Stadtparlament St. Gallen. Meine Schwerpunkte sind Bildung und Kultur. Ich setze mich ein für gezielte Sprachförderung an unseren Schulen, denn nach wie vor gilt: Wer Deutsch kann, hat die besseren Chancen. Dies betrifft vor allem auch Kinder mit Migrationshintergrund. Ich setze mich ein für die Frühförderung, besonders in belasteten Quartieren der Stadt. In Spielgruppen, welche die Eltern der Kinder mit einbezieht, lernen die Eltern unser Schulsystem kennen und erhalten Ratschläge für die gesunde Entwicklung und Erziehung ihrer Kinder. Familien können sich hier vernetzen. Die Kinder erhalten gleiche Startchancen für Kindergarten und Schule.

Als Mitglied der Regionalen Schulaufsicht RSA setze ich mich ein für Schulen mit Qualität und Profil, an denen Leistungen gefordert und Begabungen der Kinder und Jugendlichen erkannt und gefördert werden. Ich unterstütze Tagesstrukturen auf freiwilliger Basis, die bedarfsgerecht und bezahlbar sind.

Der Mensch und die Gemeinschaft stehen für mich im Mittelpunkt meiner politischen Arbeit. Ich fordere Grundwerte ein, wie Verantwortung, Respekt und Toleranz. Der Mensch soll in seiner Eigenverantwortung gestärkt werden und sich verantwortungsbewusst für die Gemeinschaft und Umwelt einsetzen. Was in unserer Stadt an Freiwilligenarbeit geleistet wird, ist äusserst wertvoll und unbezahlbar!

Besuchen Sie auch die Seite [www.smartvote.ch](http://www.smartvote.ch). Unter ‚Stadtparlamentswahlen St.Gallen 28.09.08‘ können Sie Ihre Interessen direkt mit denen der Kandidaten vergleichen.

Der ideale ulb-Spider sieht etwa so aus:



# Ökologische Steuerreform: Stand und Perspektiven in Europa“

Anlässlich der HV der ulb Kanton St.Gallen im April 2008 referierte **Kai Schlegelmilch vom Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS)**. Er ist seit vielen Jahren im deutschen Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit angestellt und hat sich dort eingehend mit der Ein- und Durchführung einer ökologischen Steuerreform befasst. Eine Zusammenfassung des Referates:

Bis anhin gehört die Schweiz in Europa zu den Ländern mit den niedrigsten Benzin- und Gaspreisen und mit einer sehr niedrigen Besteuerung des Heizöls. Dies lädt zur Verschwendung fossiler Energien ein. WWF Schweiz und Greenpeace Schweiz haben beim FÖS eine Studie über die in der Europäischen Union und besonders in Deutschland gemachten Erfahrungen mit einer CO<sub>2</sub>- bzw. Energieabgabe in Auftrag gegeben. Die Resultate zeigen, dass mit der ökologischen Steuerreform eine ganze Reihe von positiven Auswirkungen für die Umwelt erzielt worden sind, namentlich:

- Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und folglich bessere Einhaltung der Kyoto-Klimaschutzziele (z. B. Senkung der Emissionen um 9 bis 24 Mio. Tonnen im Jahr 2003 in Deutschland).
- Zunahme der Anzahl Fahrzeuge mit sparsamerem Energieverbrauch (Reduktion des Treibstoffverbrauchs um 10% innerhalb von 5 Jahren nach Beginn der ökologischen Steuerreform in Deutschland).
- Vermehrter Umstieg auf den öffentlichen Verkehr im Personen- und im Güterverkehr.
- Gestiegene Nachfrage nach Produkten zur effizienteren Energienutzung.
- Die ökologische Steuerreform hat neue Arbeitsplätze geschaffen. Studien gehen langfristig von einer Anzahl von bis zu 250 000 neuen Arbeitsstellen in Deutschland aus. Bis 2002 sind 120 000 Arbeitsplätze allein im Bereich der erneuerbaren Energien entstanden. Arbeitsplätze werden einerseits direkt im Zusammenhang mit der Herstellung von neuen Produkten geschaffen und andererseits durch die Entlastung der Betriebe bei den Sozialversicherungsbeiträgen dank der Rückgabe der Energiesteuereinnahmen an die Wirtschaft.

Zur Erhebung der Ökosteuern ist nur ein kleiner Verwaltungsaufwand notwendig und die Bedürfnisse von energieintensiven Branchen werden respektiert. Schon viele europäische Länder haben CO<sub>2</sub>- und Energieabgaben eingeführt. Seit über zehn Jahren erheben beispielsweise Finnland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Grossbritannien und die Niederlande Ökosteuern im Energie- und Klimabereich. Bereits sind in einigen Ländern Anhebungen der Energiesteuersätze geplant.

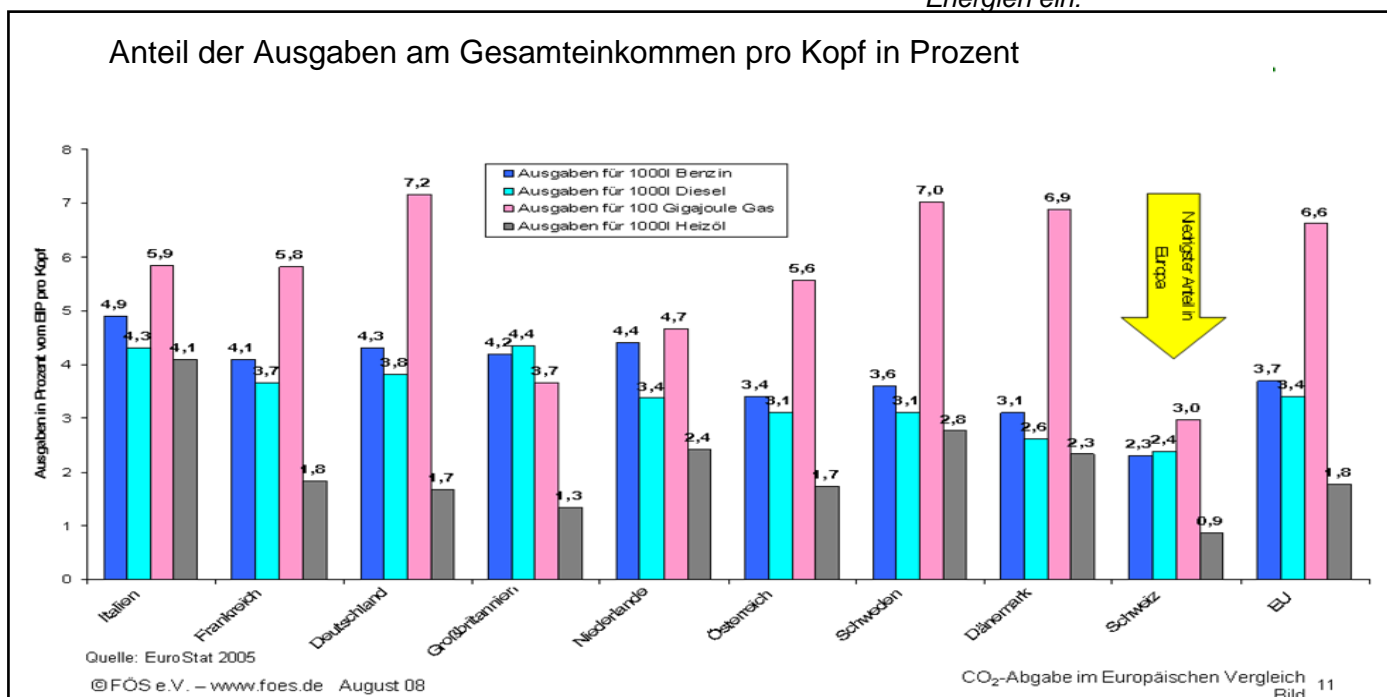
Die Eidgenossenschaft ist dazu aufgerufen, sich mit einer mässigen CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brenn- und Heizstoffe dem europäischen Trend der Besteuerung von Energie anzuschliessen. Untersuchungen der OECD haben gezeigt, dass die Durchführung einer ökologischen Steuerreform nicht zur Abwanderung von Industriezweigen oder zur Verzerrung des Wettbewerbs führt.

Zu Bedenken sind auch die negativen Auswirkungen des vermehrten Einsatzes von Biokraftstoffen (Nutzung von Anbaufläche für nachwachsende Rohstoffe statt für die Produktion von Nahrungsmitteln) Erst die sogenannten Biokraftstoffe der zweiten Generation (z.B. Biomechan) sind zu fördern.

s.a. [www.foes.de](http://www.foes.de)

Claudia Klinkmann

*In der Schweiz laden niedrige relative Preise zur Verschwendung fossiler Energien ein:*



## Veranstaltungskalender

### Mittwoch, 3. Sept., 20.15 Uhr, Restaurant Dufour, St.Gallen

Abstimmungsforum zur Abstimmung vom 28.9.08

- Keine Eidgenössische Abstimmungen
- Fachhochschulzentrum Bahnhof Nord Stadt St.Gallen (kant.Abstimmung)
- III. Nachtrag zum Steuergesetz
- Wahlen Stadt St. Gallen

### Dienstag, 9. Sept., 19.00 Uhr, Festsaal Katharinen, St. Gallen

Informationsveranstaltung zum Projekt „Bodensee-Mobilfunk“ - für eine strahlungsarme Region Bodensee

- Stefan Zbornik, IG strahlungsfreies Kreuzlingen
- Yvonne Gilli, Dr. med. Fachärztin für Allgemeinmedizin FMH

### Donnerstag, 23. Okt., 19.30 Uhr,

kantonale Mitgliederversammlung der FDP in Wil zum Thema

#### Verbandsbeschwerderecht

### Mittwoch, 29. Okt., 20.15 Uhr, Restaurant Dufour, St.Gallen

Abstimmungsforum zur Abstimmung vom 30.11.08

- die Volksinitiative "Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern"
- die Volksinitiative "Für ein flexibles AHV-Alter"
- die Volksinitiative "Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz"
- die Volksinitiative "Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik - Mehr Wachstum für die Schweiz!"
- Änderung vom 20. März des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und psychotropen Stoffe

### Freitag, 7. November 2008, 18.00 Uhr, Mercuriaheim, Speicherstrasse 62, St. Gallen

#### a.o. Mitgliederversammlung

Es wird über die Neupositionierung der ulb abgestimmt, ausserdem stehen Statutenänderung, Neuwahlen und Namensänderung zur Diskussion. Eine Einladung mit der Traktandenliste erhalten Sie rechtzeitig.

Anschliessend findet das traditionelle

#### Martini-Treffen

statt. Ausnahmsweise gibt es nicht einen Gänseschmaus in einem Schloss, sondern ein einfaches Mahl im Mercuriaheim nach getaner Arbeit.

## Neupositionierung der ulb

Die Kernthemen der ulb waren immer Energie, Verkehr, Umwelt. Keines der vertretenen Themen büsste an Wichtigkeit ein, aber die jetzige Struktur der ulb hat keine Zukunft. Von den drei in Betracht gezogenen Möglichkeiten – Integration in die FDP, als selbstständige Bewegung bestehen bleiben oder Zusammenschluss mit den Grünliberalen – fand in den breit angelegten Workshops die erste eine Mehrheit. Der kantonale Vorstand wurde beauftragt, mit der FDP eine Integrationslösung zu erarbeiten. Die von der HV gewählte Arbeitsgruppe hat mit der FDP Gespräche aufgenommen mit dem Ziel, die ulb als eigenständige Untergruppe der FDP zu positionieren. Die ersten Resultate sind für alle Seiten sehr erfreulich. Ein Status der Gruppe wie der des Jungfreisinns und des Forums Freisinniger Frauen ist denkbar. Damit hätte die ulb in der Parteileitung und an den Delegiertenversammlungen erheblich mehr Einfluss. Sowohl öffentlich als auch innerhalb der „Mutterpartei“ sollen sich die Mitglieder der ulb weiterhin für die ökologischen Themen stark machen. Ein deutlicher Neuanfang mit erneuertem Vorstand und neuem Namen soll der ulb noch mehr Auftrieb verleihen.

## Hauptversammlung ulb Kanton SG 2008

Über 20 Mitglieder besuchten die HV am 25. April 2008 im Restaurant Dufour. Nach Behandlung der statutarischen Geschäfte und der Wiederwahl der aktuellen Vorstandsmitglieder wurde über die drei möglichen Varianten einer Neupositionierung abgestimmt. Die Mehrheit der Anwesenden sprach sich für eine Integration in die FDP aus, s. oben. Am 7. November 2008 wird eine ausserordentliche Mitgliederversammlung auf Grund der Verhandlungsergebnisse entscheiden, welche Struktur, Ziele und Bezeichnung die ulb in Zukunft haben soll und die dazu nötigen Statutenänderungen genehmigen.

## Hauptversammlung ulb Region Untertoggenburg - Fürstenland 2008

Am 11. August 2008 fand im Restaurant Sonne in Bütschwil die Hauptversammlung der ULUF statt. Obwohl die Neuordnung der kantonalen ULB erst am 7. November beschlossen wird, sah der Vorstand kein Hindernis, der Versammlung zu beantragen, die Regionalgruppe aufzulösen und das Vermögen nach Begleichung der im Jahr 2008 noch anfallenden Vereinskosten an die kantonale ULB zu überweisen. Gegen die Auflösung der Regionalgruppe stimmte niemand, die Eingliederung in die kantonale Bewegung ist damit Tatsache.

In einigen Voten der allgemeinen Umfrage war klar zu erkennen, dass noch Fragen im Raum stehen. Vielmals sei die Meinung der ulb, gerade in den Kernthemen, von den Parolen der FDP abweichend gewesen. Wird diese Opposition weiterhin möglich sein? Wie kann sich die Gruppe Gehör verschaffen, in Form eigener Publikationen? Diese teils tief sitzenden Bedenken fassten sich in der treffenden Frage eines Mitgliedes zusammen:

«Wird die neue ulb weiterhin der Sauerteig der FDP sein?»

---

Redaktionsteam:

Richard Höber, Andrea Klinger, Claudia Klinkmann, Iris Studer,  
[info@ulb.ch](mailto:info@ulb.ch)

**www.ulb.ch**